

**Zeitschrift:** Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 87 (2009)  
**Heft:** 4

**Artikel:** Zur Lage der Sozialdemokratie  
**Autor:** Jenni, Sabine  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-342172>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 16.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Zur Lage der Sozialdemokratie

Sabine Jenni

Die Sozialdemokratie sei am Ende, wurde von Analytikern wie Ralf Dahrendorf in den 1980er-Jahren vorausgesagt. Als das Wirtschaftswachstum nachliess, wurden die längerfristige Finanzierungsmöglichkeiten der wohlfahrtsstaatlichen Errungenschaften der Sozialdemokratie zunehmend in Frage gestellt. Ausserdem werde den sozialdemokratischen Parteien zum Verhängnis, dass zunehmend Werteeinstellungen statt Klassenzugehörigkeit den Wahlerscheid beeinflussten und dass die Werte von links orientierten WählerInnen zunehmend postmaterialistisch geprägt seien. Postmaterialismus lässt sich jedoch schlecht mit der Fortschritts- und Wachstumsgläubigkeit der traditionellen Sozialdemokratie vereinbaren.

Mitte der 1990er-Jahre wendete sich der Trend, und die Wahlerfolge von westeuropäischen Sozialdemokraten wurden als «magical return» bezeichnet. In den vergangenen Jahren haben die Sozialdemokraten in Westeuropa an nationalen Wahlen nun zum Teil wieder erhebliche Verluste erlitten. Soweit die jüngste Geschichte, wie sie uns in Erinnerung ist.

Wagen wir nun einmal einen Blick auf die nackten Zahlen und schauen wir, wie sie diese Geschichte abbilden, wie tragisch die Verluste sind, wie magisch die Zuwächse. Um Abstand und Überblick zu bekommen, lohnt sich ein Blick zurück bis in die Nachkriegszeit. Wie sind die jüngsten Verluste im Rückblick auf die vergangenen sechs Jahrzehnte zu beurteilen? Wo steht die Sozialdemokratische Partei der Schweiz im Vergleich mit ihren Schwesterparteien in den Nachbarländern? Gibt es (west-) europäische Tendenzen?

## Sieben Länder – sieben Bilder

Sieben europäische Länder haben sieben auf den ersten Blick recht verschiedene Verlaufskurven der Stärke ihrer sozialdemokratischen Parteien. Zu den sieben analysierten Ländern gehören erstens die Nachbarländer der Schweiz (Deutschland, Frankreich, Österreich)<sup>1</sup>. Viertens wird Grossbritannien einbezogen, weil es den angelsächsischen Typus eines liberalen Wohlfahrtsstaates repräsentiert. Zudem postulierte der frühere Premierminister Tony Blair als erster in Europa

<sup>1</sup> Italien wurde nicht einbezogen, da dessen Parteienlandschaft sehr komplex ist, sich Parteien häufig als Blöcke wählen lassen und viele sich von Wahl zu Wahl umbenannten. Eine sinnvolle Zeitreihe der sozialdemokratischen Sitzanteile im Parlament wäre deshalb nur sehr schwer zusammenzustellen und kaum mit den hier dargestellten Kurven zu vergleichen gewesen.

einen «Dritten Weg» der Sozialdemokratie – ein auch in der politischen Theorie viel diskutiertes Konzept des Soziologen Anthony Giddens. Schweden steht fünfens für das skandinavische Modell mit seiner sozialdemokratischen Tradition. Sechstens ist Spanien als eine der jüngeren Demokratien in Westeuropa im Vergleich<sup>2</sup>. Verglichen werden die Sitzanteile der sozialdemokratischen Parteien in der grossen, meist im Proporz gewählten Parlamentskammer (in der Schweiz der Nationalrat)<sup>3</sup>. Die Zahlen entsprechen also nicht genau der Wählerstärke, bilden deren Entwicklung jedoch genauer ab, als die Parteistärke in zweiten Kammern, die im Majorz gewählt, deren Mitglieder direkt ernannt werden oder von Amtes wegen Einsitz haben.

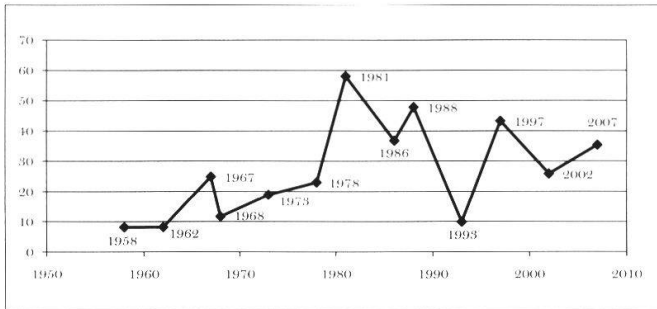
## Zahlen im langjährigen Vergleich

Der in den 1980er-Jahren prognostizierte Niedergang der Sozialdemokratie lässt sich in einigen, aber nicht in allen Kurven ablesen. In Deutschland ging es zwischen 1980 und 1990 zwar abwärts, jedoch verlor die SPD im Rückblick nur einen kleinen Anteil ihrer seit dem Tiefpunkt – oder Startpunkt – im Jahr 1952 erworbenen Sitze. Der Rückgang in den Bundestagswahlen 2009 ist hier – nach einer Erholung Mitte der 1990er-Jahre – tiefer, als die Talsohle der 1980er-Jahre. Tritt also der Niedergang der Sozialdemokratie jetzt mit 20 Jahren Verspätung ein? In Schweden wurde Ende der 1980er-Jahre wirklich ein historischer Tiefpunkt erreicht, doch auch dort ging der Sitzanteil bei den letzten Wahlen 2006 nach einer Erholung noch etwas stärker zurück. Das Bild der SPÖ ist ähnlich, jedoch war deren Zuwachs im Jahr 1995 nur klein. Die Tendenz stimmt ebenfalls für die SP der Schweiz, jedoch mit dem wichtigen Unterschied, dass der Sitzanteil der SP im Nationalrat auch nach dem Rückgang in den Wahlen 2007 nicht ganz die Talsohle von 1987 bis 1991 erreichte. In Spanien verlor die PSOE in den 1980er-Jahren ebenfalls massive Sitzanteile, sie erholte sich jedoch erst wieder im 21. Jahrhundert und erreichte auch bei der Regierungsübernahme von 2004 nicht mehr die Stärke von Anfang der 1980er-Jahre. Als Vorzeigeland des «Third Way» spiegelt die Kurve Grossbritanniens sowohl den Niedergang, als auch den «magical return» deutlich wieder. Hier fällt vor allem auf, dass der Rückgang von 2005 eher auf der Höhe der Wahlerfolge im 20. Jahrhundert liegt – frühere Verluste waren grösser. Allerdings muss sich Labour im Frühling 2010 neuen Wahlen stellen, und der Partei werden aufgrund von schlechten Resultaten in lokalen Wahlen und nach dem Spesenskandal allenthalben grosse Verluste vorausgesagt. Schwieriger einzuordnen ist die Zickzack-Kurve Frankreichs. Diese erreicht Anfang der 1980er-Jahre ihren absoluten Höhepunkt, verzeichnet sowohl in den 1980er-, als auch in den 1990er-Jahren wieder Verluste und schliesslich im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts einen Zuwachs.

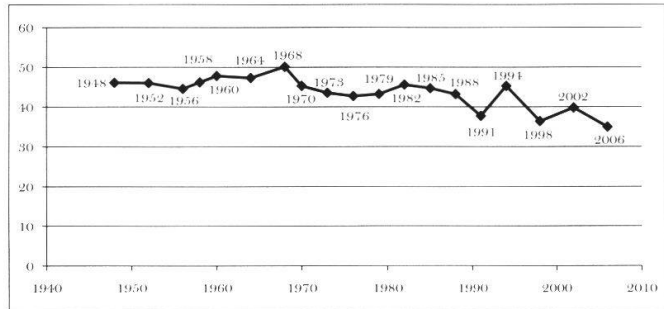
2 Länder aus Ost-, Ostmittel- sowie Südosteuropa wurden vom Vergleich ausgeschlossen, da sich in den Ländern des ehemals «real existierenden Sozialismus» ein Parteiensystem mit ähnlichen Funktionen wie in Westeuropa erst seit den 1990er-Jahren langsam herausbildet. Zudem haben die Kategorien «links» und «rechts» in diesen Systemen wegen ihrer Geschichte eine andere Bedeutung als in Westeuropa, was einen Vergleich auf Parteiebene erschwert.

3 In allen untersuchten Ländern mit Ausnahme von Schweden gibt es zwei Parlamentskammern. In Frankreich wird die Nationalversammlung im Majorz gewählt, was die vergleichsweise grossen Schwankungen der Kurve erklärt.

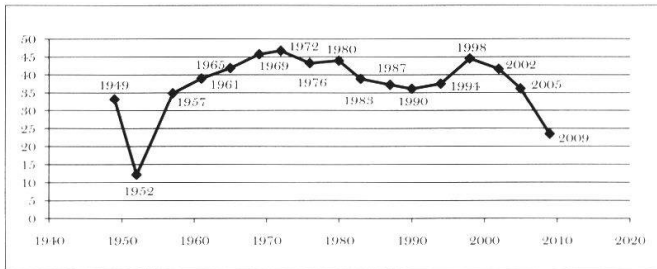
**Abb. 1: Frankreich, Assemblée Nationale, Sitzanteile Parti Socialiste**



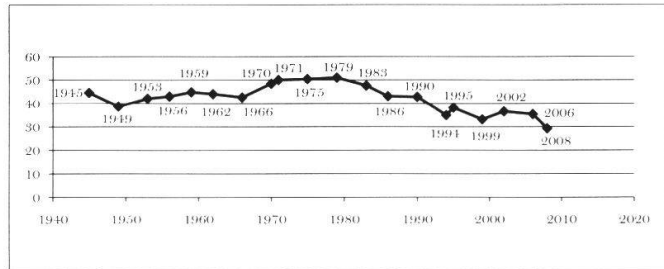
**Abb. 5: Schweden, Riksdag, Sitzanteile Sozialdemokraten**



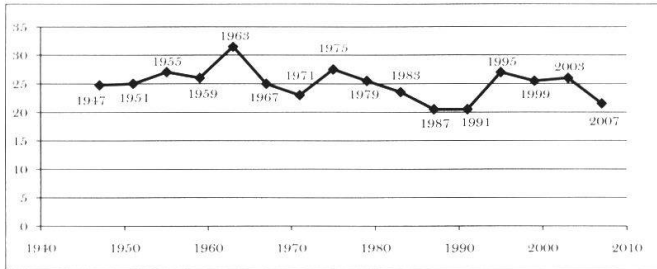
**Abb. 2: Deutschland, Bundestag, Sitzanteile SPD**



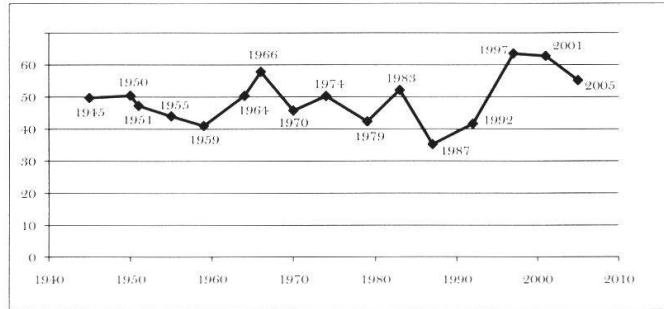
**Abb. 6: Österreich, Nationalrat, Sitzanteile SPÖ**



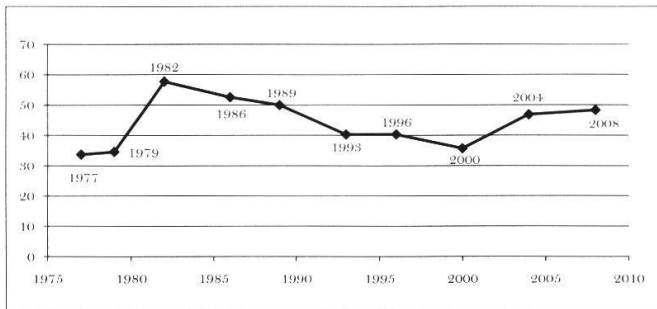
**Abb. 3: Schweiz, Nationalrat, Sitzanteile SPS**



**Abb. 7: Vereinigtes Königreich, House of Commons, Sitzanteile Labour**



**Abb. 4: Spanien, Congreso, Sitzanteile Partido Socialisto**



**Tabelle 1: Prozentuale Sitzanteile der Sozialdemokratischen Parteien nach den zuletzt abgehaltenen Parlamentswahlen und durchschnittliche prozentuale Sitzanteile der Sozialdemokratischen Parteien seit 1945.**

Land	letzte Wahlen	Durchschnitt seit 1945
Deutschland	23.47%	37.42%
Frankreich	35.40%	27.06%
Österreich	29.26%	42.01%
Spanien	48.29%	44.00%
Schweden	34.99%	43.72%
Vereinigtes Königreich	55.11%	49.30%
Schweiz	21.50%	24.99%

Im längerfristigen Vergleich zeigt sich, dass der heutige Sitzanteil der SPD im Bundestag wirklich ein historischer Tiefpunkt ist (siehe Tabelle 1). Auch in Österreich und Schweden ist die Sozialdemokratie an einem Tiefpunkt angelangt, allerdings nicht nach einem Absturz wie in Deutschland, sondern nach einem allmählichen Rückgang der Sitzanteile seit den 1970er-Jahren. Verglichen mit der Durchschnittszahl ist der Rückgang in Österreich jedoch weit weniger dramatisch als in Schweden, wo der heutige Sitzanteil fast zehn Prozentpunkte unter dem langjährigen Durchschnitt liegt. In der Schweiz zeichnete sich ab den 1970er-Jahren ein ähnlicher allmählicher Rückgang ab, der jedoch in den 1990er-Jahren gestoppt werden konnte. Heute liegt der Sitzanteil wie in Österreich leicht unter dem langjährigen Durchschnitt. Dies ist jedoch kaum als aussergewöhnlicher Ausschlag nach unten zu werten, da ein Blick auf die Kurve zeigt, dass ein auf und ab in der Schweiz auch früher und deutlich stärker vorkam, als beispielsweise in Österreich, Schweden und Deutschland.

Zum Schluss die erfreulichen Nachrichten: In Frankreich, Spanien und dem Vereinigten Königreich liegen die aktuellen Sitzanteile der Sozialisten deutlich über dem langjährigen Durchschnitt<sup>4</sup>. Trotz der teilweise schmerzhaften Verluste – im Vergleich mit dem langjährigen Durchschnitt vor allem in Deutschland und in Schweden – ist der Rückgang zahlenmässig entweder weniger stark, als er empfunden wird, oder er liegt noch über dem langjährigen Durchschnitt, wie beispielsweise in Frankreich und Grossbritannien.

## Erklärungsansätze

Die diskutierten Zahlen, Kurven und Tabellen entstanden durch Wahlentscheidungen von Bürgerinnen und Bürgern, deren Präferenzen vielseitig beeinflusst

<sup>4</sup> Der Durchschnittswert ist bei einer Kurve mit so extremen Ausschlägen wie der Kurve für Frankreich mit Vorsicht zu interpretieren. Allerdings liegt der Median – ein Mittelmass, das weniger stark von extrem hohen und extrem tiefen Werten beeinflusst wird – mit 24.9 Prozentpunkten noch tiefer als der Durchschnittswert.

werden. In unserer Vogelperspektive, aus der wir sieben Länder im Blick behalten, wäre es jedoch eine Verwechslung der Ebenen, aggregierte Zahlen, wie die Sitzanteile, mit individuellen Wahlentscheidungen zu erklären. Trotzdem verlangt eine Beschreibung von zumindest teilweise ähnlichen Symptomen natürlich nach einer zumindest teilweise gemeinsamen Diagnose. Drei Erklärungsansätze sollen hier kurz diskutiert werden:

Erstens kann angenommen werden, dass die wirtschaftliche Entwicklung die Wahlerfolge der Sozialdemokratie beeinflusst. Bei Wachstum und Fortschritt muss für Umverteilung – einem traditionellen Anliegen der Sozialdemokratie –

*Wirtschaftlich unsichere Zeiten haben häufig zur Folge, dass sich die WählerInnen wirtschaftsnahen politischen Kräften zuwenden, «die es mit der Wirtschaft können».*

theoretisch niemandem etwas weggenommen werden, was die Zustimmung zu sozialdemokratischer Politik erhöhen kann. Westeuropa verzeichnete in den 1950er- und 1960er-Jahren ein Wirtschaftswachstum. Tatsächlich stiegen die Sitzanteile der Sozialdemokraten in allen zu dieser Zeit untersuchten Ländern bis Mitte der 1960er-Jahre an, in Grossbritannien allerdings erst nach einem Rückgang während der 1950er-Jahre. Nach den goldenen Jahren erschütterte 1973 die Ölkrise die Weltwirtschaft. Wirtschaftlich unsichere Zeiten haben häufig zur Folge, dass sich die WählerInnen wirtschaftsnahen politischen Kräften zuwenden, «die es mit der Wirtschaft können». Die schwedischen

Sozialdemokraten erreichten denn auch nach der Ölkrise einen ersten Tiefpunkt. Die restlichen Kurven zeigen jedoch, dass in fast allen Ländern der Sitzanteil der Sozialdemokraten schon vor dem Jahr 1973 zurückging. Hingegen gewannen in der Schweiz, in Grossbritannien, Deutschland und Frankreich die Sozialdemokraten in den ersten Wahlen nach der Ölkrise Sitzanteile hinzu. Möglicherweise wandten sich also die WählerInnen in der wirtschaftlich unsicheren Zeit der politischen Kraft zu, die Sicherheit in Fällen wie Arbeitslosigkeit versprach. In den 1990er-Jahren folgten wirtschaftlich boomende Zeiten, die ihren Anteil an der Erklärung des schon diskutierten und unterschiedlich stark erkennbaren «magical return» der Sozialdemokraten haben können. Wie sich die Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 auf künftige Wahlerfolge der sozialdemokratischen Parteien auswirkt, kann heute noch nicht beurteilt werden, zumal die Auswirkungen auf die Realwirtschaft für einen Grossteil der WählerInnen erst allmählich spürbar werden. Aus sozialdemokratischer Sicht stimmt optimistisch, dass in Spanien, welches mit stark ansteigender Arbeitslosigkeit wegen dem weitgehenden Zusammenbruch des Bausektors zu kämpfen hat, in der sich abzeichnenden Krise die Sozialdemokraten abermals zulegten und ihre zweite Legislatur in Folge regieren. Allerdings zeigt sich gerade hier, dass die Sozialdemokraten dringend neue Ideen benötigen, wie eine grosszügige Sozialpolitik ohne Wirtschaftswachstum und ohne allzu schmerzhaftes Steuererhöhungen in ohnehin schon schwierigen Zeiten zu finanzieren ist (vgl. Wuhrer in der WOZ vom 15.10.2009).

Zweitens kann angenommen werden, dass der soziale Wandel einen Einfluss auf die Wahlerfolge von Parteien hat. Für das 20. Jahrhundert sind hier unter ande-

rem Entwicklungen wie die europäische Integration, Umweltschutzbewegungen, wirtschaftliche Liberalisierungen, aber beispielsweise auch politische Zäsuren wie der Fall der Berliner Mauer, das Attentat auf das World Trade Center und verschiedene Kriege im nahen und fernen Osten zu nennen. Eingangs wurde kurz erwähnt, dass zunehmend Werteinstellungen den Wahlentscheid bestimmen. Ausserdem wird angenommen, dass WählerInnen sich heute tendenziell weniger an Parteien binden, sondern anhand ihrer Meinung zu konkreten Sachfragen (sog. «issues») wählen. Deshalb könnten die genannten Entwicklungen nur mit einer detaillierten Analyse der Parteiprogramme und -politik zu den entsprechenden Themen als Erklärung für die Wahlerfolge dienen.

## Parteienlandschaft und Regierungstätigkeit

Drittens steht der Wahlerfolg einer Partei im Zusammenhang mit der länderspezifischen Parteienlandschaft sowie der ihrer Regierungs- bzw. Oppositionsrolle. In der Parteienlandschaft ist interessant, ob neben den sozialdemokratischen Parteien noch andere linke Parteien bestehen, die womöglich um ähnlich gesinnte Wähler konkurrieren. In der letzten Bundestagswahl in Deutschland hat «Die Linke» auf Kosten der SPD beachtliche Wähleranteile hinzugewonnen. Vor diesem Hintergrund ist es aufschlussreich, dass in Frankreich die linken Parteien zersplittert sind, die Kommunisten, die Grünen und andere in der Nationalversammlung nur einzelne Sitze erzielen und schliesslich in die «gauche parlementaire» eingeschlossen werden. Dies ist teilweise sicher auf die Majorzwahl zurückzuführen, die grosse Parteien bevorzugt, was auch die vergleichsweise hohen Sitzanteile des Parti Socialiste in Frankreich erklärt. Auch in Grossbritannien mit dem hohen Sitzanteil von Labour gibt es im Parlament keine andere linke Kraft. Grüne sowie Sozialisten erzielen keine nennenswerten Wähleranteile. In Spanien sind im Parlament neben den grossen Parteien nationalistische Regionalparteien vertreten, aber keine linken Kräfte. Wie auch in der Schweiz sind hingegen in Deutschland, Österreich und Schweden die Grünen seit den 1980er-Jahren ständig im Parlament vertreten. Wenn auch das Vorhandensein anderer linker Kräfte nicht unbedingt die Schwankungen in den Sitzanteilen erklärt, so könnte durchaus ein Zusammenhang zwischen den unterschiedlich hohen Durchschnittszahlen der Sitzanteile der verschiedenen sozialdemokratischen Parteien und dem Vorhandensein anderer linker Parteien bestehen.

*Ist eine Partei einmal an der Macht, so nehmen ihre Sitzanteile im Folgenden ab, bis sie von einer anderen Partei abgelöst wird.*

Die untersuchten sozialdemokratischen Parteien sind allesamt Parteien, die nach der Regierungsübernahme streben, weshalb abschliessend interessiert, inwiefern sich die Regierungstätigkeit auf die Wahlerfolge auswirken. Ein Vergleich der Sitzanteile in den Parlamenten mit den Regierungszeiten sozialdemokratischer Regierungen zeigt ein einigermaßen triviales, aber überraschend deutliches Bild: Ist eine Partei einmal an der Macht, so nehmen ihre Sitzanteile im Folgenden ab, bis sie von einer anderen Partei abgelöst wird (auch die nicht-sozialdemokratischen

Parteien verbrauchen sich an der Macht). Deutlich sichtbar ist dies in Spanien zwischen 1982–1996 unter Felipe González Márquez, in Deutschland 1969–1982 unter Willy Brandt und Helmut Schmidt, in Schweden 1986–1991 sowie 1996–2006 und in Grossbritannien 1945–1952, 1964–1970, 1974–1979, 1997–2005. Kaum erkennbar ist diese Tendenz jedoch in Österreich, wo die SPÖ zwar vergleichsweise häufig an Regierungen beteiligt war, jedoch immer in Koalitionen, meist mit der ÖVP. Auf die Schweiz lässt sich diese Erklärung nicht so einfach anwenden, da die SP seit 1959 ständig in der Regierung vertreten ist. Trotzdem blieb die SP lange Jahre die Bundesratspartei, die am stärksten in der Oppositionsrolle agierte, was sich in den letzten Jahren gemessen an Abstimmungscoalitionen im Parlament etwas verminderte. Seit den 1990er-Jahren hat die SP zudem von der SVP Konkurrenz bekommen, die immer häufiger Alleingänge wagt. Diese Entwicklung schlägt sich in den Kurven, jedoch nicht deutlich genug für eine diesbezügliche Erklärung der Wahlerfolge nieder. Gut möglich, dass die Wahlberechtigten zu wenig Einblick in die Parlamentsarbeit haben und sich eher an der Kommunikation der Parteien orientieren.

*Die Kurven der Sitzanteile von sozialdemokratischen Parteien in Westeuropa zeigen zwar in fünf von sieben Fällen nach unten, doch nur in drei Fällen ist wirklich ein historischer Tiefpunkt erreicht worden.*

Wenn auch in der Schweiz Regierungsparteien tendenziell WählerInnen verlieren, könnte das für die SP seit den 1990er-Jahren der Fall sein.

Abschliessend lässt sich sagen, dass die Kurven der Sitzanteile von sozialdemokratischen Parteien in Westeuropa zwar in fünf von sieben Fällen nach unten zeigen, dass jedoch nur in drei Fällen wirklich ein historischer Tiefpunkt erreicht worden ist, und dass es nur in Deutschland ein richtiggehender Absturz war, in Schweden und Österreich jedoch vielmehr die Fortsetzung eines langjährigen Trends. Für die Schweiz kann beruhigend festgestellt werden, dass der aktuelle Sitzanteil im Nationalrat über dem Tiefpunkt in den 1980er-Jahren liegt und der Sitzanteil der Sozialdemokraten seit dem Zweiten Weltkrieg Schwankungen im aktuellen Ausmass unterworfen war. Was die absolute Höhe der Sitzanteile der Sozialdemokraten betrifft, so dürften wohl vor allem die nationale Parteienlandschaft und weniger gesamteuropäische Trends eine Rolle spielen. Erklärungen aufgrund von wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen wurden hier zwar skizziert, sind jedoch vorsichtig zu interpretieren. Denn nicht nur die Gesellschaft verändert sich, sondern auch die Parteien sind Teil der Entwicklung und passen ihre Programme an – berühmtes Beispiel ist der Dritte Weg der Sozialdemokratie. Wenn wir die Sozialdemokratie von heute mit der Sozialdemokratie in der Nachkriegszeit vergleichen, sind das je nach Land zwei mehr oder weniger verschiedene Parteien.

Sabine Jenni, Jg. 1984, ist Politikwissenschaftlerin. Sie studierte an der Universität Bern Politikwissenschaft und Pädagogik und forschte seither zu Parteien und politischen Systemen in Osteuropa sowie zu non-formalen Bildungsprojekten in der internationalen Zusammenarbeit.